

## Funkrecht und Urheberrecht\*

Von RA Dr. PHILIPP MÖHRING, Berlin

Der Ruf nach der Rundfunkeinheit als der Grundlage des deutschen Funkrechts ist an dieser Stelle von beachtlichster Seite ausgesprochen worden. Die einleitenden Worte, die *Dressler-Andreß* dem ersten Heft des nunmehr von der Reichsrundfunkkammer herausgegebenen «Archiv für Funkrecht» gegeben hat, sowie die Darlegungen von *Knust* auf S. 7 ff. sprechen eine deutliche Sprache und weisen zu Recht auf das Unzulängliche des bisherigen Rechtszustandes hin. Wenn im Anschluß daran *Pridat-Guzatis* in Heft 2 S. 33 ff. und *Reimer*, a.a.O. S. 36 ff. zu dem Thema Stellung nehmen, so vertiefen sie in richtiger Erkenntnis der Problemlage die angeschnittenen Rechtsfragen. Es ist zu begrüßen, daß die Bestrebungen, die auf eine Vereinheitlichung des Rundfunkrechtes gerichtet sind, die Gestaltung der Rundfunkeinheit nicht von dem Gebiete des Urheberrechts aus suchen. Vielmehr müssen die urheberrechtlichen Belange des Rundfunks ihre Wahrung dort finden, wo sämtliche urheberrechtlichen Interessen zusammen erörtert und behandelt werden: im Urheberrecht und im Urhebergesetz. Es würde eine gerade der heutigen Rechtsentwicklung zuwiderlaufende Zersplitterung bedeuten, wollte man wesentliche Elemente dieses Rechtsgebietes in ein anderes Gesetz verpflanzen. Wenn bisher im Funkarchiv urheberrechtliche Belange nicht in den Vordergrund der Betrachtung gestellt und ihre Regelung nicht als Postulat der neuen Funkgesetzgebung erhoben wurde, so sollte damit zweifelsohne doch die Erheblichkeit und die Erneuerungsbedürftigkeit dieses Rechtsgebietes nicht in Abrede gestellt werden.

Vom Zeitpunkt des Auftretens des Rundfunks an ist die Forderung nach einer Erneuerung des Funkurheberrechts laut geworden. Man muß sich vergegenwärtigen, daß gerade die elementare Wucht der Entwicklung des Funkwesens Hauptanstoß zu der Erneuerungs-

\* Archiv für Funkrecht VII, 1934, S. 72–79

bestrebung des Urheberrechts geworden ist. Die im Ergebnis richtige, aber in der Begründung unzulängliche Rechtsprechung des Reichsgerichts, die den Rundfunk in die Normen des alten Urheberrechts pressen wollte, hat in allen Kreisen den Ruf nach einer Umgestaltung des Urheberrechts laut werden lassen. Die unverkennbare Tatsache, daß das Gesetz von 1901 auf die Einwirkung einer so epochemachenden Erfindung wie der Rundfunksendung nicht zugeschnitten war, mußte zu einer herben Kritik in der Rundfunkrechtsprechung des Reichsgerichts führen (s. hierzu *Marwitz/Möhring*, Anm. 12 ff. zu § 11), wiewohl Einmütigkeit darüber besteht, daß die Rundfunksendung als Eingriff in das Urheberrecht ihre besondere rechtliche Behandlung finden muß. Demzufolge hat ja dann auch die Römische Konferenz zur Revision der Berner Übereinkunft, die in der Zeit vom 7. Mai bis 6. August 1928 in Rom stattfand, ausdrücklich im Artikel 11 die Verbreitung eines Werkes durch Rundfunk als genehmigungspflichtig anerkannt (hierüber u.a. *Guzatis* im Archiv für Funkrecht 1932 S. 435 ff.). Dieser Neuregelung der Berner Übereinkunft ist im übrigen zwischenzeitlich auch die Reichsregierung durch das Gesetz vom 31. Oktober 1933 beigetreten. Es ist also das Rundfunkrecht der Stein des Anstoßes für die Neugestaltung des Urheberrechts geworden, und es ist bekannt, daß im Jahre 1932 die derzeitige Reichsregierung einen Gesetzesentwurf vorgelegt hat, der auch mit Begründung veröffentlicht worden ist.

Dieser Gesetzesentwurf hat gerade, soweit das Funkrecht in Frage kommt, nicht die Billigung der beteiligten Verkehrskreise gefunden. Ich verweise dieserhalb besonders auf die Ausführungen von *Hoffmann* im Archiv für Funkrecht 1932 S. 361 ff. sowie auf die Ausführungen von *Guzatis* a.a.O. 1933 S. 106 ff.

Es lag auf der Hand, daß nach der Umwälzung des deutschen Rechtslebens die Frage aufgeworfen wurde, ob der damalige Entwurf der Reichsregierung noch den veränderten Rechtsauffassungen entsprach, und zwar auch unter Würdigung der von der Reichsregierung zwischenzeitlich vorgenommenen Abänderung. Aus dem häufigen Für und Wider der Meinungen entstand der neue Entwurf des B.N.S.D.J., der abgedruckt ist in UFITA 1934 S. 383, und der sich

eng an einen Entwurf anlehnt, den *Willy Hoffmann* im Jahre 1933 als private Arbeit mit einer Begründung versehen veröffentlicht hat. Es läßt sich jetzt noch nicht übersehen, ob die Grundlage des neuen Gesetzes der alte, aber abgeänderte Regierungsentwurf wird, oder aber der Entwurf des B.N.S.D.J. Der letztere hat zwischenzeitlich eine recht ablehnende Kritik durch die Ausführungen *de Boors* in UFITA 1934 S. 413 ff. erfahren, während unbekannt ist, inwieweit die Reichsregierung selbst etwa unter Würdigung des B.N.S.D.J.-Entwurfes weitere Abänderungsvorschläge zum ursprünglichen Entwurf gemacht hat.

Es kann nicht Aufgabe dieser Zeilen sein, an Hand der vorliegenden Entwürfe im einzelnen darzulegen, ob dieser oder jener Entwurf den Anforderungen, die die neue Rechtsentwicklung an die Ausgestaltung des Rundfunkurheberrechts stellen muß, gerecht wird. Zweck dieser Zeilen ist nur, klarzustellen, daß einmal die urheberrechtlichen Belange, soweit sie vom Rundfunk berührt werden, nach wie vor ihre Regelung im Urheberrecht finden müssen, und zum anderen zu sagen, in welcher Richtung nach der hier vertretenen Rechtsauffassung sich die Gesetzentwicklung bewegen sollte.

1. Darüber, daß im neuen Urheberrecht die Sendung eines urheberrechtlich geschützten Werkes als eine Auswertung urheberrechtlichen Gutes anzusprechen ist, kann kein Zweifel sein. Alle Entwürfe, die vorliegen, sind sich auch hierüber einig. Dagegen ist die Frage, wie weit die Sendung selbst urheberrechtliche Befugnisse erstehen läßt, im Regierungsentwurf zumindest nicht behandelt worden. Wir wissen, daß die verfeinerte Wiedergabetechnik dazu geführt hat, daß die Sendung meist das Ergebnis scharfsinnigster Erwägungen und künstlerischer Betätigung ist. Die Ausgestaltung eines Hörspiels, die Verwendung akustischer Hilfsmittel, die Wiedergabe von Geräuschen erfordern in ihrem Zusammenklang eine sehr wesentliche schöpferische Betätigung, die weit eher einen eigenen urheberrechtlichen Schutz verdient, als die derzeit durch den mißglückten § 2 des alten Gesetzes gewährte Bearbeiterurheberschaft an den Ergebnissen einer mechanisch-musikalischen Reproduktion. Es ist daher ein unerläßliches Postulat, daß die Sendung als solche auch urheberrechtlichen

Schutz genießen soll. Die Tatsache, daß das Reichsgericht zwar auf dem Umwege über das UWG durch das bekannte Urteil vom 29. April 1930 (s. auch Archiv für Funkrecht 1930 S. 425) die Auswertung einer Rundfunksendung durch Übernahme auf Schallplatten für unzulässig erklärt hat, ändert hieran nichts. Wesentlich ist, daß ein *urheberrechtlicher* Schutz gewährt wird. Die Versagung des urheberrechtlichen Schutzes würde eine durch nichts gerechtfertigte Herabsetzung der sehr erheblichen geistigen Tätigkeit, die bei der Gestaltung der Sendung entfaltet wird, bedeuten. Daß auch praktische Gesichtspunkte für die Abänderung des Urheberrechtsschutzes der Sendung gegeben sind, liegt auf der Hand. Es sind durchaus Fälle denkbar, in denen von dritter Seite, zwar in erlaubter, aber nicht sittenwidriger Weise, von der Sendung durch Übertragung auf Schallplatten Gebrauch gemacht wird, so daß nach dem augenblicklichen Rechtszustande hiergegen keine Möglichkeit eines Einschreitens gegeben wäre.

2. Der Erkenntnis der Tatsache, daß die Sendung Auswertung urheberrechtlichen Gutes ist, muß nach der augenblicklichen Rechtsentwicklung die Anerkennung der Notwendigkeit der Zwangslizenz folgen. Der bisherige Regierungsentwurf hat die Zwangslizenz nicht gewährt. Die Nichtgewährung der Zwangslizenz war bei dem früheren Rechtszustand vom gesetzgeberischen Gesichtspunkt aus verständlich. Die Sendegesellschaften waren nicht schlechthin identisch mit dem Staat. Die Praxis hatte ergeben, daß sie in der Lage waren, sich in den weitaus meisten Fällen die Einwilligung des Urhebers zur Sendung zu verschaffen. Es war kein Anlaß gegeben, hier, zumal der Rundfunk nicht Staatsmittel in noch unten zu erörterndem Sinne gegeben war, die Sendegesellschaften zu privilegieren.

Die Tatsache, daß heute der Rundfunk ein Machtfaktor des Staates ist, muß zu einer anderen Erkenntnis führen, wenn wir die große Bedeutung, die der Staat heute dem Rundfunk beimißt, richtig würdigen. So entspricht es nicht der jetzt herrschenden Auffassung des Verhältnisses von Staat zum Einzelnen, wenn der Staat, um seine Aufgaben erfüllen zu können, erst der Verhandlung mit einzelnen Rechtsträgern bedarf. Es liegt vielmehr in der Linie der jetzigen

Staatsauffassung, daß der Rundfunk als Staatsorgan berechtigt sein muß, ohne auf den Verhandlungsweg angewiesen zu sein, all das ihm zur Verfügung stehende Geistesgut sendemäßig auszuwerten. Die Zwangslizenz ist im heutigen Staat logische Folge der Entwicklung des Verhältnisses vom Staat zum Einzelnen. Die ganzen Argumente, die früher gegen die Zwangslizenz erhoben wurden, verschlagen nicht mehr. Es würde im Widerspruch zur heutigen Staatsauffassung stehen, wollte man den Staat nicht für berechtigt erachten, schlechthin das zu senden, was er aus politischen und kulturpolitischen Gründen für notwendig erachtet.

Auch die Tatsache, daß zwischenzeitlich das Reichskulturkammergesetz vom 22. September 1933 durch die Schaffung der Reichskulturkammern den ständischen Aufbau aller an der Kulturentwicklung Beteiligten vollzieht, ist wesentlicher Faktor für die Anerkennung der Notwendigkeit der Zwangslizenz. Durch das Reichskulturkammergesetz wird die sachgemäße Wahrung des gesamten deutschen Kulturgutes bezweckt. Die Existenz der einzelnen Kammern gibt daher Gewähr dafür, daß in angemessener Weise, auch soweit die Rundfunksendung in Rede steht, die Belange der einzelnen Kulturgutbringer gewahrt werden. Es muß daher grundsätzlich als nur im Zuge der Reichskulturkammergesetzgebung liegend angesprochen werden, wenn wir die Zwangslizenz für die Sendung anerkennen. Daß die Gesetzgebung auf diesem Wege fortschreitet, zeigt im übrigen ja schon das Gesetz vom 4. Juli 1933 betreffend die Vermittlung der Musikaufführungsrechte, das gewissermaßen als Vorläufer der Reichskulturkammergesetzgebung anzusprechen ist (s. hierüber *Möhring* in dem Vortrage «Reichskulturkammergesetz und Urheberrecht», abgedruckt in GRUR 1934 S. 332).

Die Existenz der Reichskulturkammer gibt auch die notwendige Gewähr dafür, daß die Schwierigkeiten, die sonst etwa hinsichtlich der Höhe der festgesetzten Zwangslizenzen entstehen könnten, leicht überwindbar sind. Es wäre durchaus denkbar, daß die Festsetzung der Höhe der Lizenzen auf Vorschlag eines Sachverständigenbeirates erfolgt, der aus den einzelnen Repräsentanten der an der jeweili-

gen Festsetzung interessierten Reichskulturkammern gebildet wird. Es ist hierbei durchaus denkbar, daß die Festsetzung nicht nur nach generellen Sätzen erfolgt, sondern daß den einzelnen Urhebern das Recht gewährt wird, eine abweichende Festsetzung im Hinblick auf die Besonderheit des Werkes zu beantragen. Der Sachverständigenbeirat kann zu einem leicht beweglichen Instrument ausgebaut werden, das stets geeignet ist, unbillige Härten auszuräumen.

Daß die Zwangslizenz nicht das Recht geben soll, Werke, die noch nicht veröffentlicht bzw. aufgeführt sind, zu verbreiten, bedarf keiner besonderen Erwähnung; denn für die Kundgabe solcher Werke durch den Rundfunk wird in der Regel ein praktisches Bedürfnis kaum bestehen. Es muß natürlich auch das Recht des Urhebers, erstmalig die öffentliche Aufführung seines Werkes zu bestimmen, geachtet werden.

Hier mag noch eingeschaltet werden, daß die neuere Handhabung des Rundfunks es auch notwendig macht, gesetzliche Vorschriften darüber zu schaffen, daß Dritte dulden müssen, daß ihre Teilnahme an öffentlichen Verhandlungen durch die Sendung öffentlich bekanntgemacht wird. Ich denke hierbei an die Funkwiedergabe großer Staatsprozesse, z.B. an die Wiedergabe des Reichstagsbrandprozesses. Nach dem bisherigen Rechtszustand war die Vervielfältigung von Vorträgen oder Reden, die bei den Verhandlungen der Gerichte gehalten werden, gemäß § 17 Ziff. 2 LUG zwar zulässig, da das Reichsgericht eben die Sendung als Verbreitung und nicht als Vervielfältigung ansah, konnte die bisherige Übung, derartige Reden durch den Rundfunk wiederzugeben, als recht zweifelhaft erscheinen. Wenn jetzt das Recht der Sendung neugestaltet wird, so muß auch eine dem § 17 entsprechende Bestimmung eingeschaltet werden. Es empfiehlt sich aber auch m.E., noch besonders hinzuzufügen, daß auch die an diesen Verhandlungen beteiligten Personen dulden müssen, daß ihr eigener Vortrag wiedergegeben wird; denn es kann nach früheren Rechtsauffassungen zweifelhaft erscheinen, ob ein Dritter darin einwilligen muß, daß Ausführungen, die er in einem Prozeß macht, unmittelbar zum Gegenstand einer Sendung gemacht werden. Dient der Rundfunk dem Staat als propagandisti-

sches Aufklärungsmittel, so muß sich der Staat auf jeden Fall grundsätzlich auch das Recht, dieses Mittel im vollen Umfange auszuwerten, durch eine entsprechende Bestimmung im Gesetz sichern.

3. Die erhöhte Bedeutung des Rundfunks und der vom Staat erklärte Wille, dem Rundfunk weitgehendste Verbreitung zu gewährleisten, macht es auch notwendig, die Bestrebungen zurückzuweisen, die die Lautsprecherwiedergaben von Rundfunksendungen zum Zwecke öffentlicher Aufführungen besonders lizenzpflichtig machen wollten. Bekanntlich hat das Reichsgericht in der grundlegenden Entscheidung im 136. Bande S. 377 eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß z.B. der Gastwirt, der eine Rundfunksendung, die ein Musikstück zum Gegenstande hat, in seinem Lokal durch den Lautsprecher wiedergibt, hierfür nicht eine besondere Lizenz an den Urheber zu zahlen hat. Der Regierungsentwurf von 1932 sieht demgegenüber vor, daß der Gastwirt einen sogenannten Urheberanteil zahlen soll. Hierfür ist nach meiner Auffassung heutzutage kein Raum mehr. Zu einer Zeit, in der der Staat die weitgehendste Verbreitung des Rundfunks anstrebt, dürfen die Inhaber von Räumen, die zur Entgegennahme von Rundfunksendungen über Lautsprecher besonders geeignet sind, nicht mit besonderen Urheberabgaben belastet werden. Zu Recht ist schon früher darauf hingewiesen worden, daß eine solche Belastung die Lokalinhaber davon abhalten wird, Lautsprecher in ihren Gaststätten aufzustellen. Es versteht sich daher von selbst, daß Bestimmungen, die derartige Folgen haben könnten, heutzutage nicht mehr tragbar sind, wissen wir doch, daß z.B. anläßlich der Rundfunkübertragung größerer politischer Veranstaltungen die Aufstellung von Lautsprechern in solchen Räumlichkeiten besonders begünstigt wird.

Man kann auch im Rahmen der oben vorgeschriebenen Regelung der Zwangslizenz heute nicht mehr davon sprechen, daß hierdurch eine Beraubung des Urhebers ermöglicht werde. Es werden bei der Festsetzung der Zwangslizenzen die in den einzelnen Kulturkammern vertretenen Urheberberechtigten in weit größerem Maße die Möglichkeit haben, darauf hinzuwirken, daß die Zwangslizenzen so hoch bemessen werden, daß ein angemessenes Entgelt auch im Hin-

blick auf die Auswertung des Werkes durch Lautsprecherwiedergabe gewährt wird. Es handelt sich hier nur um eine Verschiebung der Zahlstellen, die Höhe des Entgelts braucht dadurch, daß dem Urheber kein unmittelbarer Anteil an der jeweiligen öffentlichen Wiedergabe gewährt wird, nicht berührt zu werden. Ob und inwieweit etwa im Rahmen der Vergebung des Rechtes zur Aufstellung von Lautsprechern eine gestufte Abgabe erhoben werden soll, ist eine Frage, die hier nicht zur Erörterung steht, da sie nach dem oben Gesagten außerhalb der Belange urheberrechtlicher Dritter stehen soll.

4. Bleibt schließlich die Frage, ob bei der Neugestaltung des Urheberrechts auch der Leistungsschutz des mitwirkenden Künstlers im Rahmen der Funksendung zu erörtern steht. Die Frage des Leistungsschutzes des mitwirkenden Künstlers ist eine kulturell höchst wichtige Frage, die auch für die Belange des Rundfunks von erheblicher Bedeutung ist. Ich verweise dieserhalb auf die Darlegungen von *Elster* in Archiv für Funkrecht 1933 S. 77 und *Willy Hoffmann* a.a.O. S. 92, beide zu dem Thema «Über die Regelung der Rechte der ausübenden Künstler bei der Rundfunkübertragung und der mechanischen Wiedergabe». So wesentlich die Frage des Schutzes der Rechte der ausübenden Künstler ist, so muß sie m.E. grundsätzlich aus dem Bereiche des Urheberrechts ausscheiden. Übereinstimmung besteht darin, daß das Schutzrecht des ausübenden Künstlers kein Urheberrecht im Sinne des Gesetzes sein soll (s. hierzu die Literaturnachweise von *Elster* a.a.O. S. 79). Will man es als Leistungsschutzrecht im Sinne von *Elster* einführen, so führt man damit eine neue Kategorie von Schutzrechten ein, die m.E. zweckmäßigerweise nicht im Rahmen des Urheberrechts behandelt werden. Es will mir bei dem augenblicklichen Stand der Reichskulturkammergesetzgebung auch scheinen, als ob ein besonderer gesetzlicher Schutz nicht notwendig ist. Ich kann mir vorstellen, daß die Belange der ausübenden Künstler durchaus gewahrt werden können durch generelle Anordnungen im Sinne des § 25 der ersten Durchführungsverordnung zum Reichskulturkammergesetz.

Der so weitgefaßte Rahmen gibt nach meinem Dafürhalten durchaus die Möglichkeit, eine Ordnung der hier in Rede stehenden



Rechtsverhältnisse herbeizuführen. Ich bin daher der Meinung, daß im Rahmen der Neugestaltung des Urheberrechts im Hinblick auf die Belange des Rundfunks der Leistungsschutz des ausübenden Künstlers nicht besonders geordnet werden soll. Die Ordnung dieses Schutzes kann vielmehr den zuständigen Kulturkammern vorbehalten bleiben.

5. Damit sei noch abschließend schlechthin auf die Bedeutung des § 25 für den Rundfunk und die Umgestaltung des Urheberrechts verwiesen. In meinem Vortrage (abgedruckt in GRUR 1934 S. 332 ff.) über Reichskulturkammergesetz und Urheberrecht habe ich die Möglichkeit des Eingriffs der einzelnen Kulturkammern in das Urheberrecht dargetan. Zur Vermeidung von Wiederholungen verweise ich auf das dort Gesagte. Ich verweise ferner noch auf die Ausführungen *Dr. Richters* zum gleichen Thema in UFITA 1934 S. 329 ff. Es steht außer Zweifel, daß die Reichskulturkammern bei der Neuordnung des Urheberrechtsgesetzes eine besondere Beachtung finden werden. Erfolgt eine sachgemäße Verankerung der Reichskulturkammern im Rahmen des Urheberrechtsgesetzes, so ist damit auch die Möglichkeit gegeben, das Urheberrecht biegsam zu gestalten; denn wenn die Reichskulturkammern z.B. in den Stand gesetzt werden, Anordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen, die generell die Rechtsbeziehungen der an einem urheberrechtlich erheblichen Tatbestand Beteiligten regeln, so ist damit die Möglichkeit geschaffen, das Gesetz der jeweiligen Entwicklung der tatsächlichen Verhältnisse anzupassen. Daß dies auf dem Gebiete des Rundfunkwesens von besonderer Bedeutung ist, liegt auf der Hand. Die Frage des Fernsehens, die Frage der Fernkinematographie sind Probleme, deren Lösung schon nahegerückt ist. Die dann notwendige Neugestaltung der Rechtsbeziehungen der Einzelnen zueinander wird um so leichter erfolgen, je größer der Einfluß ist, der der Reichskulturkammer auf die Fortentwicklung des Urheberrechts eingeräumt wird.

